

Glückspropaganda und Hass auf Befehl

Das Donezk-Leak: E-Mails zwischen den Separatisten in der Ostukraine und Beratern aus Russland bieten Einblicke in die Medienmanipulation des Kremls. Ihre Auswirkungen reichen bis nach Deutschland VON JOCHEN BITTNER, ARNDT GINZEL UND ALEXEJ HOCK

Schwarz auf Weiß gibt es sie jetzt: Belege dafür, mit welchem Aufwand Russland psychologische Kriegsführung gegen den Westen betreibt. Das ZDF-Magazin *Frontal21* und die *ZEIT* erhielten Zugriff auf über 10 000 E-Mails, die aus dem »Informationsministerium« der prorussischen Separatisten in der Ostukraine stammen.

Die Anführer der dortigen, international nicht anerkannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk suchen den Anschluss an die russische Föderation. Bislang hat der russische Präsident stets bestritten, die Rebellen nähmen Weisungen aus Moskau entgegen. Doch das E-Mail-Leak aus dem Donezker Ministerium offenbart regelrechte Befehlsstrukturen zwischen russischen Beratern und den Rebellen.

Die E-Mails, deren Auswertung mehrere Monate dauerte, enthüllen die generalstabsmäßige Organisation und Systematik, mit der Moskau in der Ostukraine ein antiwestliches Feindbild verbreitet.

Der Schlachtplan

Im August 2015 verfassten zwei Autoren, einer mit dem Kürzel »Artem« und der andere mit dem mutmaßlichen Klarnamen Andrej Godnew, ein umfangreiches Papier. Es soll den neuen Machthabern in der Ostukraine als Handbuch dienen. Das Dokument trägt den Titel »Strategie der inneren Informationspolitik in der Luhansker Volksrepublik«. Als Entstehungsorte sind auf dem Deckblatt »Luhansk-Moskau« angegeben. Auf 41 Seiten legen die Autoren anhand vieler Beispiele dar, wie die Separatisten die Berichterstattung von Fernsehstationen, Zeitungsredaktionen und Radiostationen steuern sollen.

Die übergeordnete Erzählung, der sämtliche Berichterstattung folgen soll, benennt als Ursprung allen Übels die angeblich profaschistischen USA: »Nach dem Maidan ist die Macht in der Ukraine einer oligarchischen, proamerikanischen »Junta« in die Hände gefallen – Mördern und Dieben, niederträchtigen, prinzipienlosen Menschen, die vor nichts zurückschrecken, um ihre Ziele zu erreichen. (...) In Wirklichkeit liegt die Macht in der Ukraine in den Händen der Amerikaner. Sie (...) kontrollieren die Lage über ihre Agenten, zu

denen alle bedeutenden Politiker der Ukraine gehören, einschließlich des Präsidenten und des Premierministers.« In den Medien der Ostukraine soll es daher so zugehen: »Experten analysieren im Fernsehen die Lage in der Ukraine, beurteilen das Poroschenko-Regime, ziehen Parallelen zu bekannten rechtsradikalen Regimen, darunter faschistischen und Marionetten-Diktaturen, die von den USA gesteuert werden.«

Welche Experten zurate gezogen werden können, steht am Ende des Dokuments. Auf einer dreiseitigen Liste sind E-Mail-Adressen und Telefonnummern von nationalistischen Politikern und Denkern in Moskau verzeichnet. Zu ihnen gehören der Neoimperialist Alexander Dugin (Originalzitat: »Der Liberalismus ist ein absolutes Übel«), der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des russischen Parlaments, Alexej Puschkow, sowie Sergej Glasjew, einer der maßgeblichen Berater Wladimir Putins während der Ukrainekrise.

Besondere Aufmerksamkeit widmen die Strategen der »inneren Informationspolitik« dem Meinungsklima in den sozialen Netzwerken. Penibel seien die wechselnden Stimmungen auf Facebook und seinem russischen Gegenstück VK sowie auf Twitter zu messen. Notfalls will man reagieren können: »Aus den Reihen der jungen Aktivisten wird eine Kommentargruppe für das Internet gegründet«, heißt es in dem Strategiepapier.

Diese Gruppe solle unter anderem »operativ auf die aufkommenden Herausforderungen antworten und die nötige Information und das System der Argumentation« schnellstmöglich einstreuen«. In Anbetracht ihrer zahlreichen Kommentare solle beim normalen Internetnutzer der Eindruck entstehen, »eine Mehrheit denke so«. Es gelte außerdem, »Projekte« zu initiieren, die zeigen, »wie tolerant Moskau gegenüber Andersdenkenden ist. Wie viel behaglicher es sich im Einflussbereich von Moskau lebt.«

Die Strategen

Das Strategiepapier landet am 25. Januar 2016 im E-Mail-Eingang der »Informationsministerin« von Donezk, Elena Nikitina. Absender ist eine russische Mail-Adresse, afrika1996@yandex.ru, ihr Inhaber nennt sich »Andrej Afrika«. Knapp vier Wochen später unterläuft einem der »Bera-



ter«, wie sich die Moskauer Drahtzieher nennen, ein Fehler, der wahrscheinlich ihre Klarnamen bloßlegt. Das Missgeschick passiert in einer E-Mail, die ein gewisser »Kashalot74« am 21. Februar 2016 um 12.13 Uhr an die Informationsministerin schickt.

Die Mail enthält als Anhang die Tagesordnungspunkte für eine bevorstehende Sitzung, Thema: »Mediaplanung, Bericht über die Arbeit der Massenmedien in der Region«. Am Anfang des Dokuments werden vier Namen genannt: Andrej Tolmatschjew, Jewgeni Morus, Andrej Godnew und Alexander Paschin. Die Funktionsbezeichnung dieser Männer lautet: »Technologen und Medienverantwortliche«.

Eine halbe Stunde nachdem Kashalot74 (Russisch für »Pottwal«) auf »Senden« gedrückt hat, wird ihm klar, was er da mitgeschickt hat: »Ich rate, unsere Nachnamen zu löschen und zu vergessen!«, mailt er der Ministerin.

Gewöhnlich ist Kashalot74 vorsichtiger. Sein mutmaßlicher Klarname, Alexander Paschin, taucht in den 10 000 E-Mails nur wenige Male auf. Ein weiteres Mal findet er sich in einer Mail von Kashalot74@mail.ru an die Donezker Informationsministerin. Im Anhang befindet sich ein Ticket für einen Flug vom nahe gelegenen russischen Flughafen Rostow am Don nach Moskau, gebucht für den 24. Februar 2016 um 11.45 Uhr. Als Reisebegleitung steht Ministerin Nikitina auf der Buchungsbestätigung.

Nach Recherchen der pro-ukrainischen Website InformNapalm arbeitete Alexander Pawlowitsch Paschin Anfang der 2000er Jahre als Journalist in Murmansk. Später wurde er Leiter der Öffentlichkeitsarbeit in der Verwaltung der nordrussischen Marinestadt. Nach Beginn des Krieges in der Ostukraine begleitete Paschin im Juli 2014 mit einer Kamera einen Hilfskonvoi von Murmansk in die Stadt Slowjansk. Paschin versteckte sich nicht. Er gab Interviews zu der Reise, auf seiner Profilseite des russischen sozialen Netzwerks VK posiert er neben bewaffneten Separatisten. Im Mai 2016 ließ sich Paschin mit dem Donezker Rebellenführer und »Ministerpräsidenten« Alexander Sachartschenko fotografieren.

Andrej Godnew ist ein weiterer Name, den die Donezker Informationsministerin löschen und vergessen sollte. Auch er findet sich in einigen E-Mails der Donezk-Leaks wieder. Godnew nennt sich selbst »Politberater« und stammt nach seinen eigenen Angaben auf dem Netzwerk VK aus der russischen Stadt Nischni Nowgorod. Ihn nennt das Strategiepapier als Mitautor. Im August 2013 gab Godnew Seminare

für die Junge Garde, die Jugendorganisation der Regierungspartei Einiges Russland. Das jedenfalls ergibt sich aus Berichten auf deren Webseiten.

Ein weiterer Berater des Donezker Informationsministeriums ist ein gewisser »Kosake«. Mit ihm bespricht sich die Ministerin, wenn es um die öffentliche Darstellung des Separatistenführers Sachartschenko geht. Folgt man den digitalen Spuren des »Kosaken«, stößt man auf den Namen Alexander Kasakow. Die russische Onlinezeitung *gaseta.ru* nennt Kasakow einen »ideologischen Kurator«, der das Image des Rebellenchefs verbessern solle. In Interviews lässt sich Kasakow als Politologe und Vertreter unterschiedlicher russischer Thinktanks bezeichnen. Der ostukrainische Propagandasender Newsfront stellt ihn 2015 als Vize-Direktor des Zentrums für politische Konjunktur (ZPK) vor. Das stimmt mit den Angaben im russischen Amtsblatt *Rossijskaja Gaseta* überein, das Kasakow ebenfalls als stellvertretenden ZPK-Direktor auführt. Die Beratungsfirma sitzt in einem modernen Büroturm im Zentrum von Moskau. Das ZPK brüstet sich auf der Unternehmens-Website mit der »Zusammenarbeit mit der Präsidentialadministration« oder kurz: AP. Die AP ist eine in Russland bekannte und mächtige Institution. Sie ist das Moskauer Pendant zum Berliner Kanzleramt – nur mit noch mehr Befugnissen ausgestattet. Sie ist Wladimir Putins Machtzentrale.

Am 9. Februar 2016 um 14.11 Uhr taucht das Kürzel »AP« erneut in einer E-Mail der Informationsministerin auf. In ihr weist sie einen Mitarbeiter ihres Ministeriums an, ein Treffen zu organisieren, und zwar zwecks »Zusammenarbeit bei der Medienplanung und Realisierung von Sonderprojekten«. Teilnehmen sollen Vertreter des Separatisten-Ministeriums für Staatssicherheit (MGB), des Verteidigungsministeriums sowie die Chefredakteure der wichtigsten Medien der Region. Anwesend soll auch ein Mann sein, der Andrej Federowitsch genannt wird. In eckigen Klammern hinter seinem Namen steht seine Funktion: Berater aus der AP. Möglicherweise handelt es sich bei Federowitsch um jenen »Andrej Afrika«, der wenige Wochen zuvor das Strategiepapier an die Ministerin gemailt hatte.

Fragen der ZEIT und des ZDF an die russische Botschaft in Berlin, ob und in welcher Beziehung die Inhaber der russischen E-Mail-Adressen zur Präsidentialadministration in Moskau stehen, blieben ohne Antwort. Auch direkte Anfragen an die Mail-Adressen wurden nicht beantwortet.





Farbmunition

Einige Wochen nach der Ankündigung des Koordinationstreffens des Ministeriums mit Geheimdienstlern, Militärs und Chefredakteuren hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Moskauern und den Separatisten eingespielt. Einer der Berater, der mutmaßliche Alexander Paschin, schreibt am 16. März 2016 um 11.45 Uhr (wieder unter Kashalot74@mail.ru) eine Mail an die Ministerin Nikitina: »Einen munteren Tag. Anweisung aus Moskau. Dringend!« Die E-Mail trägt den Betreff »Fwd: Ablaufplan«. Es geht um ein feierliches Ereignis, das in einigen Tagen in Donezk ansteht. Der fünfzigste Hilfskonvoi aus Russland für die »Volksrepublik Donezk« wird erwartet. Dessen Ankunft soll gebührend inszeniert werden, schließlich sind die Lieferungen ein Symbol der Verbundenheit mit dem großen Nachbarn, der hilft, die Separatisten gegen die vermeintlichen Faschisten in Kiew zu verteidigen.

Das Informationsministerium in Donezk hat zu diesem Zeitpunkt bereits ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm an die Moskauer Berater geschickt. Zur Begrüßung sollen »Kinder, Lehrer (2–3), Ärzte (2–3)« bereitstehen, um sich bei den Fahrern zu bedanken; ein Rentner aus Donezk werde »einen offenen Brief der Dankbarkeit« verfassen. Auch wie Fernsehen und Zeitungen über das Dankbarkeitsfest für Russland zu berichten haben, ist schon festgelegt.

Doch dem Berater Alexander Paschin fehlen noch ein paar Kleinigkeiten. Es müssten, schreibt er der Ministerin, »konkret Rentner, Mütter mit vielen Kindern und so weiter ergänzt werden – diejenigen, die die Hilfsgüter erhalten«.

Die Informationsministerin schickt Paschin einen Link zu einem Musikvideo über die weißen Hilfstransporter. Dies könnte ebenfalls gesendet werden. Doch Paschin findet das Video mit den weißen Kamaz-Transportern »schlecht«. Er möchte, dass die Macher des Streifens in sein Büro kommen. Das Büro des Russen befindet sich offenbar nicht in Moskau, sondern direkt am Ort, im Donezker Informationsministerium: »Morgen um 9.00 Uhr wegen des Videoclips *Weißer Kamaz* in die sechste Etage zu Alexander Pawlowitsch«, gibt die Informationsministerin den Befehl weiter. Zwei Tage später liefern die Produzenten eine neue Version ab. »Um Klassen besser«, lautet Paschins Urteil.

Als möglicher Anlass zu einer Medienkampagne taucht der Jubiläums-Konvoi schon in dem Strategiepapier der Berater auf. Dort wird er als eines von mehreren Projekten unter dem Titel »Unterstützung der Republiken durch Russland« aufgeführt. Die entsprechende »thematische Leitlinie«, also die Geschichte, an der entlang solche Ereignisse erzählt werden sollen, weist über die Ukraine hinaus. Sie ist eine globale Erzählung und geht so: »Russland ist ein

zuverlässiger und starker Verbündeter der Volksrepubliken. (...) Das heutige Russland ist nicht mehr das der neunziger Jahre, es arbeitet unbeirrt daran, die Stärke der Sowjetunion wiederherzustellen, und steht dem Westen auf Augenhöhe gegenüber. Die Wirtschaftssanktionen haben Russland natürlich hart getroffen, aber dieser Schlag wurde insgesamt ruhig ertragen, seine Wirkung war wesentlich geringer als vom Westen angenommen, und Russland kommt aus dieser Situation noch stärker und unabhängiger heraus. (...) Russland kämpft für den Donbass und trägt politische und wirtschaftliche Verluste davon. Ein globaler diplomatischer Krieg ist im Gange. Aber auch der Westen leidet in diesem Krieg, und noch ist nicht klar, wer wen besiegen wird.«

Die russischen Berater empfehlen, vor allem Dankbarkeit der ostukrainischen Bevölkerung gegenüber dem russischen Präsidenten zu inszenieren, und zwar mithilfe »naiver Storys«, wie sie schreiben: »Beiträge, die unterstreichen, wie dankbar die Luhansker Putin dafür sind, was er getan hat und tut. Zum Beispiel: »Eine Oma strickt Socken für Putin«, »Kinder malen Putin-Porträts«, »Ein Bildhauer bei den letzten Arbeiten am Modell für ein Putin-Denkmal, das er (...) in Luhansk aufstellen möchte« usw.«

Denkbar sei auch, heißt es, Unterschriftensammlungen zu initiieren, die direkt an Präsident Putin appellieren, um beispielsweise die Bevölkerung des Donbass umgehend mit russischen Pässen zu versorgen. Sollte es dazu kommen, möge man die Volksnähe des Kremls preisen: »Es kann dann hervorgehoben werden, dass der Präsident dem Wunsch der Menschen gefolgt sei.«

Manche Journalisten finden es aufregend, nicht neutral zu berichten, sondern Teil der psychologischen Kriegsführung zu werden. So schildert es Dmitri R., der selbst freier Journalist im Donbass war – und zum Propagandisten werden sollte. Er arbeitete für den Rebellenkanal Newsfront. Als er erkannte, wie das Regime Reporter instrumentalisiert, warf er seinen Job hin. Seinen echten Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen. Er fürchtet Repressalien. Wenn man wissen will, wie frei er damals über Ereignisse im Kriegsgebiet der Ostukraine berichten konnte, lacht Dmitri R. bitter: »Als ich gefragt habe, ob ich unabhängig von den Vorgaben Material drehen kann, kam immer die Antwort: Es ist nicht die Zeit für Journalismus. Journalismus ist etwas für den Frieden. Für den Krieg – es ist auch ein Informationskrieg – brauchen wir Informationskrieger. Wir haben uns wirklich als Informationskrieger gesehen. Und das hat der Arbeit etwas sehr Spezielles gegeben.«

Wer sich von der vorgegebenen Linie nicht ganz so begeistern lässt, verliert schnell seinen





Job: »Wenn du einen kritischen Beitrag machst, sagen sie beim zweiten oder dritten Mal, du bist gefeuert, wir brauchen solche Arbeiten nicht, wir finden einen anderen, der die Regeln befolgt. Das ist einer der Gründe, warum ich die Arbeit beendet habe.«

Die Feindbeobachtung

Wie penibel die öffentliche Meinung überwacht wird, belegt eine Anweisung, die am 25. Januar 2016 im Postfach der Informationsministerin landet: »Täglich (einschließlich Wochenende) bis 18 Uhr muss der Report ›Top-5-Nachrichten‹ (die wichtigsten Nachrichten des Tages aus den Lokalmedien)« übermittelt werden. Ergänzend sollen alle Beiträge ausgezählt werden, die der thematischen Vorgabe »In der Ukraine ist es schlechter« entsprechen.

Erst recht soll die Berichterstattung ausländischer Medien über den Donbass genau beobachtet werden. Ein zusammenfassender Bericht ist stets donnerstags um 16 Uhr abzuliefern. Darin enthalten sein soll eine Übersicht aller Journalisten, die sich derzeit im Separatistengebiet aufhalten. Deren Beiträge sollen als »positiv«, »neutral« oder »negativ« bewertet werden. Wer kritisch berichtet, soll auf einer sogenannten Stoppliste landen und nicht mehr akkreditiert werden, sprich: Er oder sie wird im Donbass als Journalist nicht länger geduldet. Als ausgemachte »Feinde Russlands« werden die Nachrichtenagenturen Reuters und AP aufgeführt.

Am 5. Februar 2016 um 09.28 Uhr schreibt ein »Janus Putkonen«, freiwilliger Helfer der Separatisten aus Finnland, der sich in Donezk um die Akkreditierungsanfragen ausländischer Journalisten kümmert, seinem Mitarbeiter eine Mail mit der Betreffzeile: »ZDF«. Dazu die kurze Bemerkung: »Recommendation: NO«. Dieselbe Einstufung trifft die Moskauer-Korrespondentin der ZEIT.

Sie und das ZDF-Team, das zum Jahrestag des Minsker Abkommens einen Beitrag in der Ostukraine drehen will, stehen damit auf der Stoppliste. Gründe werden nicht genannt, nur einige Verweise zu Beiträgen über Berichte des Senders finden sich in der Mail. Quellen sind: Russia Today, ein vom Kreml finanzierter Sender, und Propagandaschau, ein deutschsprachiges Portal, das sich links gibt und den Kreml unterstützt.

Nach mehreren E-Mails und vielen guten Worten des ZDF-Teams lässt sich die Akkreditierungsstelle umstimmen und erteilt am Ende doch die Erlaubnis für die Dreharbeiten. Aber ganz traut man dem ZDF nicht. Der Finne Putkonen verfügt intern: »Die Gruppe muss zumindest sorgfältig überwacht werden.«

Das Pressezentrum der Rebellen in Donezk führt

Journalisten-Listen mit grünen und roten Markierungen. Grün markierte Namen sind besonders herzlich willkommen zu heißen, rot markierte dürfen das Gebiet gar nicht erst betreten.

Pflege der Verbündeten

Grün markiert ist auf der Liste unter anderem der Name von Marc Bartalmai. Daneben noch der Zusatz: »good friend«. Marc Bartalmai ist ein Pseudonym, im richtigen Leben heißt er Mirko Möbius und kommt aus Sachsen-Anhalt. Immer wieder hat der gelernte Marketingkaufmann an »Montagsmahnwachen gegen Sozialabbau und Kriegstreiberei« teilgenommen, auf denen rechte und linke Radikale sich ein Stelldichein geben. Nach Ausbruch des Krieges in der Ostukraine zog es ihn in den Donbass. Dort begann er Filme zu drehen, ohne Unterstützung aus Moskau, wie er beteuert.

Tatsächlich stellen Möbius' Filme den Kriegsalltag ausschließlich aus der Sicht der prorussischen Separatisten dar. Hunderttausende haben seinen Film *Ukrainian Agony* bereits im Netz angeklickt. Möbius findet seine Anhänger vor allem unter jenen, die mit den sogenannten Mainstream-Medien abgeschlossen haben. Aus ihrer Sicht zeigt Möbius das wahre Bild des Krieges, des Krieges einer faschistischen Junta in Kiew gegen aufrechte Freiheitskämpfer. Konfrontiert mit der eigenen Arbeitsweise und mit der Zensurpolitik im Donbass, antwortet Möbius: »Machen wir uns nichts vor. Wir sind in einem Propagandakrieg – dort drüben wie hier.«

Beflissen kümmerte sich die Regierung der »Volksrepublik Donezk« um die Vermarktung des Streifens: Entwürfe für das Filmplakat, auf dem Möbius traurig einen Hund anblickt, wurden zwischen der Ministerin und einer Untergebenen abgestimmt. Die öffentlichen Aufführungen in den Donezker Kinos Zvjedotschka und Kult finden Eingang in die offizielle Terminplanung des Ministeriums. Außerdem wird die Dokumentation im regionalen Fernsehen gezeigt. In einem Rückblick auf das Jahr 2015 wird die breite Präsentation von *Ukrainian Agony* vom Informationsministerium und den Moskauer Beratern als ein Höhepunkt ihrer Arbeit gefeiert. Fünf Millionen Zuschauer hätten den Film gesehen – er sei damit das bislang schlagkräftigste »Projekt« überhaupt gewesen.

Genauso willkommen in der Separatistenhochburg Donezk ist Manuel Ochsenreiter, ein Vertreter der Neuen Rechten in Deutschland. Ochsenreiter leitet als Chefredakteur das »Deutsche Nachrichtenmagazin« *Zuerst!*, in dessen Beiträgen Wladimir Putin als starke Führerfigur bewundert wird. »Zulassen«, lautet das Urteil der Separatisten.

E-Mail vom 26. Juni 2015, 13.53 Uhr: Der stellvertretende Informationsminister in Donezk berichtet seiner Chefin über den Stand des geheimen Projekts »Sonderberichterstatter«. Besonders loyale Journalisten sollen Zuträger und Komplizen der Machthaber werden. Aufgabe der auserwählten Journalisten-Agenten ist es, die Separatistenregierung in ein





günstiges Licht zu rücken. Der E-Mail-Verfasser im Ministerium beruft sich auf ein Beispiel aus Sowjetzeiten: »Die Aufmerksamkeit des speziellen Korrespondenten der Zeitung *Prawda* konnte zu einem Karrieresprung führen oder zur Absetzung. (...) Eine analoge Institution von Sonderberichterstatern empfehlen wir auch in der Volksrepublik Donezk zu schaffen.«

Nebelgranaten

In Donezk ist ein Team der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stationiert. Die internationalen Beobachter sollen die im Minsker Abkommen vereinbarte Waffenruhe zwischen der Ukraine und den prorussischen Rebellen überwachen. Doch es gibt keine Waffenruhe. Die OSZE-Experten können oft kaum auseinanderhalten, wer gerade wen mit Raketen oder Granaten beschießt. Am 9. August 2015 brennt der Fuhrpark der OSZE. Die Rebellenführung in Donezk reagiert umgehend: Der Brandanschlag gegen die Beobachter soll dem ukrainischen Geheimdienst angelastet werden. Eine entsprechend fabrizierte Meldung macht im Netz die Runde. Erfreulich schnell, wie die Propagandisten finden. Das ergibt sich aus einer ministeriumsinternen E-Mail vom 10. August 2015 um 18.57 Uhr, Betreff: »Auswertung zu den abgebrannten OSZE-Autos«. Der Mail-Anhang enthält ein Protokoll, laut dem die »Abteilung Internetressourcen« die Story von den ukrainischen Brandstiftern in den sozialen Netzwerken gestreut habe. Das Protokoll führt etwa zwei Dutzend Blogs auf, die diese Version aufgegriffen und weiterverbreitet haben. Laut ihrer Auswertung habe die Geschichte allein über das russische Netzwerk VK bis 1,3 Millionen Nutzer erreicht.

In diesem Sinne soll weiter manipuliert werden. Das Moskauer Strategiepapier enthält dazu die folgende Leitlinie: »Die Ukraine untergräbt absichtlich die Minsker Vereinbarungen.« Alle Berichte (...) über Verstöße der ukrainischen Seite gegen die vereinbarte Waffenruhe müssen diese These enthalten. Im gesellschaftlichen Bewusstsein ist eindeutig zu verankern, dass die LVR, die DVR und die Russische Föderation für die Einhaltung der Abkommen sind und die Ukraine dagegen.«

Methoden mit Tradition

Im Jahr 1951 veröffentlichte der amerikanische Sozialpsychologe Solomon Asch die Ergebnisse eines Wahrnehmungsexperiments. Er hatte Gruppen von Studenten unterschiedlich lange Striche vorgelegt und sie gebeten, deren Längen zu bestimmen. Bis auf jeweils einen Teilnehmer war jede Gruppe angewiesen worden, bewusst eine kürzere Linie als die längste zu benennen. In den Testreihen folgten drei Vier-

tel aller nicht eingeweihten Probanden der Mehrheitsmeinung – obwohl die offensichtlich falsch war.

Aschs Experiment gilt als Beleg dafür, wie ungeheuer stark die Kraft von Gruppenmeinungen ist. Auf solche realitätsbeugenden Effekte war schon während des Kalten Kriegs die Propaganda des KGB aus. Für Politiker, die in dieser Methode geschult sind, öffnet das Internet völlig neue Möglichkeiten. Große Nutzergruppen lassen sich zu falschen Urteilen verführen, wenn sie diese Urteile von allen Seiten bestätigt sehen.

Wladimir Putin ist nicht nur selbst ein ehemaliger KGB-Agent, er hat auch viele der einstigen Kollegen aus dem Apparat in der Präsidentschaftsadministration um sich geschart. Die beharrliche Bezeichnung der Kiewer Regierung als Faschisten; die aggressive Bezeichnung Dritter, am Abschuss der Passagiermaschine MH17 über der Ostukraine schuld zu sein; die andauernde Falschbehauptung, das russlanddeutsche Mädchen Lisa sei von Flüchtlingen vergewaltigt worden, selbst als schon feststand, dass dies nicht stimmte; die Diskreditierung kritischer Journalisten als US-gesteuerte Agenten; und zuletzt die Verbreitung widersprüchlicher Versionen über den Beschuss eines UN-Hilfskonvois in Syrien – all diese Verblendungsversuche folgen einem Muster, das in die Sowjetzeit zurückführt. Wie es in der Ostukraine umgesetzt wird, dafür bietet das Donezk-Leak jetzt den Beleg.

Das ZDF zeigt die »Frontal21«-Dokumentation **»Putins geheimes Netzwerk – Wie Russland den Westen spaltet«** am Dienstag, den 4. Oktober, um 21 Uhr





HINTER DER GESCHICHTE

Das Donezk-Leak

Anfang Juni 2016 stellten mutmaßlich pro-ukrainische Aktivisten rund 10000 Mails ins Internet. Die etwa elf Gigabyte große Datenmasse stammt aus dem »Informationsministerium« der Separatisten in der Ostukraine. Sie enthält den Schriftwechsel zwischen der Ministerin und mehreren »Beratern« aus Russland, die wie Vorgesetzte der Separatisten agieren. Autoren des ZDF-Magazins *Frontal21* und der *ZEIT* haben die russischsprachigen Mails über Monate übersetzt und ausgewertet.

Wie lässt sich die Echtheit der Mails überprüfen?

Die Enthüller der Mails dürften ein politisches Interesse verfolgen. Daher haben ZDF und *ZEIT* mit Gegenchecks versucht, das Risiko einer gigantischen Fälschung auszuschließen. In den Mails tauchen unter anderem Akkreditierungsanträge von Journalisten für die Ostukraine auf. Diese Unterlagen ließen sich mit denen der Antragsteller vergleichen. Außerdem werden in den geleakten Dokumenten konkrete Projekte genannt und geplant. Das Rechercheteam hat geprüft, ob diese tatsächlich in die Tat umgesetzt wurden. Weitere Quellen in der Ostukraine haben Geschehnisse bestätigt, die in den E-Mails beschrieben werden.